

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Afrika südlich der Sahara

Asien und Pazifik

Europa und Nordamerika

Lateinamerika

Nahost und Nordafrika

Oktober 2015

www.kas.de

Die aktuelle europäische Flüchtlingsproblematik wird in allen Hauptmedien thematisiert. In den Tageszeitungen handelt es sich überwiegend um Meldungen großer Nachrichtenagenturen. Kommentar- und Meinungsartikel sind rar. Thematisch wird Deutschland als eines der wichtigsten Zielländer der Asylsuchenden dargestellt, jedoch werden auch die fremdenfeindlichen Ausschreitungen thematisiert. Die ablehnende Haltung der deutschen Politiker gegenüber den xenophoben Attacken wird deutlich dargestellt (Angela Merkel, Sigmar Gabriel, Heiko Maas). Auf diese Weise erscheinen die fremdenfeindlichen Angriffe nicht als allgemeine Haltung der „Deutschen“ gegenüber den Flüchtlingen, sondern als Nebenerscheinungen aus ausländerfeindlichen Milieus. Zivilgesellschaftliche Anstrengungen zur Hilfe für die ankommenden Migranten werden nicht erwähnt. Auffallend ist die derzeit hohe Frequenz der Berichterstattung zu diesem Thema, da üblicherweise internationale Themen weniger im Vordergrund stehen. Zu beobachten ist jedoch, dass die eigene Migrationsproblematik in den Medien derzeit eine nachgeordnete Rolle spielt.

In den sozialen Netzwerken wird die innermexikanische Migration stärker diskutiert. Insbesondere die zivilgesellschaftlichen Organisationen und studentischen Initiativen versuchen über Twitter und Facebook über die Menschenrechtslage zu informieren sowie Korruption und die organisierte Kriminalität anzuprangern. Darüber hinaus machen sie auch auf ihre Aktionen aufmerksam. Die sozialen Medien der öffentlichen Organe wie des Nationalen Migrationsinstituts (INM) sind nicht auf einem aktuellen Stand. In Twitter fordert das INM lediglich zur „Mithilfe“ auf, sobald man Migranten antrifft. Die größten Parteien PRI und PAN veröffentlichen in ihren sozialen Medien keine Informationen zu diesem Thema. Auch die Regierung der Mexikanischen Republik hält sich in sozialen Medien diesbezüglich zurück.

Recherchen in den sozialen Medien zum Thema europäische Flüchtlingsproblematik zeigen, dass dieses Thema in der öffentlichen Diskussion nur eine geringfügige Rolle spielt.

Peru

Reinhard Willig (31.08.2015)

In Peru ist transnationale Migration kein zentrales Thema der medialen Aufmerksamkeit oder der gesellschaftspolitischen Diskussion. Es wird hauptsächlich von kirchlichen Einrichtungen thematisiert und zumeist im Zusammenhang mit der Migrationsproblematik an der mexikanisch-amerikanischen Grenze oder in Europa behandelt. In den Medien werden überwiegend Berichte von internationalen Presse-Agenturen abgedruckt, die sich im zweiten Teil der Zeitungen finden. Migration spielt zudem weder in der Tagespolitik noch in der programmatischen Diskussion von politischen Parteien eine nennenswerte Rolle.

Weiter vorne in der gesellschaftspolitischen Diskussion stehen hingegen nationale Migrationsbewegungen, verursacht durch illegale Wirtschaftstätigkeiten in Verbindung mit Gewalt (z.B. Rauschgifthandel, illegaler Bergbau).

Aktuelle Zahlen belegen eine abnehmende Migration von Peruanern seit 2010; in den letzten 20 Jahren emigrierten rund 2,4 Millionen Personen, davon etwa 20 Prozent nach Europa und 32 Prozent in die USA. Gegenwärtig verlassen jährlich etwa 220.000 Peruaner ihre Heimat. Die legale Zuwanderung nach Peru beträgt rund 13.000 Personen jährlich und hat sich seit 2004 fast verzehnfacht; gegenwärtig leben 63.000 Migranten in Peru. Illegale Zuwanderung äußert sich meist als Durchgangsmigration von Haitianern und Dominikanern nach Brasilien oder aber an den Grenzen zu Kolumbien und Brasilien aufgrund von Zwangsprostitution im Zusammenhang mit grenzüberschreitender Kriminalität im Zuge der blühenden illegalen Wirtschaft (Bergbau, Holzwirtschaft, Rauschgifthandel).

In Peru gibt es im Allgemeinen eine ausgeprägte Willkommenskultur für Ausländer. Da es bisher keine massiven Migrationen von Ausländern nach Peru gegeben hat, hat sich die freundliche Haltung gegenüber Zuwanderern nicht verändert. Lediglich kolumbianische Staatsbürger kommen aufgrund von Beziehungen zum Drogenhandel und anderen Delikten

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

**Afrika südlich der Sahara
Asien und Pazifik
Europa und Nordamerika
Lateinamerika
Nahost und Nordafrika**

Oktober 2015

www.kas.de

gelegentlich in die Schlagzeilen und haben neben der erwähnten Durchgangsmigration in den letzten Jahren für etwas Misstrauen gesorgt.

Aus entwicklungspolitischer Sicht spielt Migration vor dem Hintergrund des Verlustes von Fachkräften („Brain Drain“) eine Rolle. Überweisungen von peruanischen Migranten machen mit 2,5 Milliarden US-Dollar jährlich etwa 1 Prozent des peruanischen BSP aus.

Venezuela

Henning Suhr (11.09.2015)

Venezuela durchläuft derzeit die schwerste ökonomische, politische und soziale Krise seiner Geschichte. Die Menschen sind damit beschäftigt, ihren Alltag zu meistern und nehmen Ereignisse – etwa wie die europäische Flüchtlingskrise – nur am Rande wahr.

Das Land selbst ist seit jeher Einwanderungsland gewesen. Migrationsgeschichten finden sich in den Biographien vieler Venezolaner. Viele sind Doppel-Staatler, so soll es alleine 500.000 Venezolaner mit spanischem und je 300.000 mit portugiesischem und italienischem Pass geben. Dazu gibt es über fünf Millionen Kolumbianer, von denen viele mittlerweile eingebürgert sind.

Die durch die Chavisten verursachte Krise hat dazu geführt, dass sich Venezuela von einem Einwanderungs- in ein Auswanderungsland gewandelt hat. Zielländer sind vor allem die USA, Kanada, Spanien, Panama und Kolumbien, aber auch Italien, Portugal, Großbritannien, Frankreich, Deutschland, Peru, Australien oder etwa die Vereinigten Arabischen Emirate. Die meist jungen, gut ausgebildeten und überwiegend gut situierten Venezolaner bilden eine weltweite Diaspora von mittlerweile knapp zwei Millionen Menschen. Die am häufigsten angeführten Gründe für Auswanderung sind die ausufernde Gewaltkriminalität, die ökonomische Krise oder mangelnde Bildungschancen. Politische Verfolgung ist ebenfalls ein Auswanderungsmotiv.

Viele Venezolaner haben daher Erfahrungen mit Migration und Integration, sowohl als „Heimatgebende“ als auch als „Heimatsuchende“. Es gibt allerdings wenig wissenschaftliche Untersuchungen zu dem venezolanischen Migrationsphänomen, zu dem die meisten Venezolaner ein pragmatisches, den Umständen geschuldetes Verhältnis haben. Xenophobe Tendenzen gibt es so gut wie kaum, auch wenn die Regierung unter Nicolás Maduro derzeit nationalistische Emotionen gegen die Nachbarländer Guyana und Kolumbien zu erzeugen versucht.

Migration wird zwar als Problem wahrgenommen, doch pflegen die Venezolaner ein pragmatisches Verhältnis zum Thema Migration, sowohl was die Einwanderung als auch die Auswanderung betrifft. Das soll aber keinesfalls bedeuten, dass die Venezolaner nicht empathisch sind. Die Zerrissenheit von Familien und Freunden belastet viele Venezolaner enorm.

Die chavistische Regierung ordnet die auswandernden Venezolaner propagandistisch der Oppositionsklientel zu und brandmarkt sie als „bourgeois“, rechtsextrem oder faschistisch. „Que se vayan!“, auf dass sie gehen sollen, ist das populistische Regierungsmotto, völlig die Tatsache ignorierend, dass die Migration von jungen und gut ausgebildeten Fachkräften den größten „Brain Drain“ in der Geschichte und eine Katastrophe für die Volkswirtschaft des Landes bedeutet. Da auch viele Familien chavistischer Führer sich mittlerweile ein zweites Standbein im Ausland – nicht selten im „ideologischen Feindesland“ USA – aufgebaut haben, ist es mehr als deutlich, dass eine Deutung des Exodus' von Venezolanern nach propagandistischen Denkmustern erfolgt.

Die Opposition nimmt sich des Themas Migration nicht wirklich prioritär an. Sie sucht verstärkt den Kontakt zu den Unterschichten, denen es an Mitteln, Kreativität und Möglichkeiten zur Auswanderung mangelt und die somit in Venezuela „festsitzen“.